

Politik auf den Punkt gebracht

Hermann Färber MdB informiert

Ausgabe 2015/08 - 24. März 2015

Diskussion
mit Angela Merkel
Regierungserklärung
Gespräch mit der CDL
zur Sterbehilfe
Besuch mit Diskussion
an der Daniel-Straub-
Realschule

Diskussion Bundeskanzlerin Merkel



*Die AG Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion mit Bundeskanzlerin Angela Merkel
(Bild: Deutscher Bundestag/Kanzleramt)*

Bundeskanzlerin Merkel hat am Mittwoch die Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Fraktion im Kanzleramt empfangen. Ich war sehr beeindruckt, wie intensiv sich die Kanzlerin auf diesen Termin vorbereitet hat, und wie tief sie in den Detailfragen, von der Düngeverordnung bis zur Tierhaltung informiert ist. Sie teilt völlig die Meinung der Arbeitsgruppe, dass sich die Landwirtschaft in Deutschland – so wie jede andere

Branche auch – immer weiterentwickeln muss. Der Weg zurück, in eine idyllische Vorstellung von Landwirtschaft, wie sie heute höchstens noch auf einem Ferienbauernhof verwirklicht werden kann, ist für eine hochentwickelte Industriegesellschaft keine Lösung.

Kanzlerin Merkel hat aber zu Recht auch von der Erwartung der Gesellschaft gesprochen, dass die Meinungen und Vorbehalte, die teilweise gegen manche Auswirkungen der Landwirtschaft gelten gemacht werden, ernst genommen und beantwortet werden müssen. Ich habe betont, dass wir dazu bereit sind, dass die Antworten aber eben auch in der Praxis funktionieren müssen.

Unsere Arbeitsgruppe ist derzeit dabei, ein Arbeitspapier zu entwerfen, in dem diese Gedanken weiter ausgeführt werden.

Regierungserklärung

In ihrer Regierungserklärung am Donnerstag machte die Kanzlerin deutlich, wie wichtig das internationale Umfeld für eine dauerhafte und nachhaltig gute Wirtschaftsentwicklung in Deutschland ist. Sie sieht das transatlantische Freihandelsabkommen als eine große Chance, eine Einschätzung, die ich teile. Wir müssen aber auch sehen, dass in unserer engen Nachbarschaft viele Konfliktfelder zu bearbeiten sind: In der Ukraine scheint die Waffenruhe halbwegs zu halten, aber die

Umsetzung der politischen Punkte des Minsker Abkommens stehen noch aus. Der schreckliche Terroranschlag in Tunesien macht deutlich, wie instabil auch dort die Lage immer noch ist. In Libyen tobt ein offener Bürgerkrieg. In dieser Lage darf sich die Europäische Union nicht ausschließlich mit sich selber beschäftigen. Deshalb hoffe ich sehr, dass entweder in Griechenland ein klares Umdenken einsetzt, oder eben die Europäische Union die nötigen Konsequenzen zieht.

Austausch mit der CDL: „Organisierte oder gewerbliche Sterbehilfe muss untersagt bleiben“



*Einer Meinung sind CDL-Mitglieder und Färber beim Thema Sterbehilfe: „Begleiten statt beenden“
(Bild: Axel Raisch)*

Auf Einladung der Vorsitzenden der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) im Kreis Göppingen, Maria Wiedebach, traf ich mich mit den CDL-Mitgliedern im Süßener Gasthof Löwen, um über das Thema „Sterbehilfe“ zu diskutieren. Dieses Thema betrifft uns alle, und daher ist es wichtig, aufgrund der aktuellen Debatte, Regelungen zu finden, die insbesondere die Menschenwürde bewahren und gleichzeitig die Selbstbestimmung des Sterbenden aufrechterhalten. Der Tod darf nicht als Alternative

zum Leben gesehen werden. Wenn es an die aktive Sterbehilfe, die sogenannte Beihilfe zur Selbsttötung oder gar die organisierte, gewerbliche Sterbehilfe geht, ist bei mir die Grenze überschritten. Ich möchte nicht, dass alte, kranke und schwache Menschen in der Angst leben müssen, anderen zur Last zu fallen, und sich eventuell sogar unter Druck gesetzt fühlen, ihr Leben zu beenden. Meiner Meinung nach sollten Menschen nicht durch die Hand von Menschen, sondern an der Hand von Menschen ihre letzte Ruhe finden. Aus diesem Grund muss organisierte oder gewerbliche Sterbehilfe untersagt bleiben.

In der Koalition stehen wir dafür ein, die Versorgung der Palliativmedizin auszubauen sowie die Hospize weiterhin zu unterstützen, um ein würdevolles Sterben zu ermöglichen. Die erste Lesung des Regierungsentwurfes wird im Juni 2015 stattfinden.

Schulbesuch mit Diskussion an Daniel-Straub-Realschule (Geislingen)



Schulleiter Franz Sommer (re.) begrüßt Hermann Färber zur Diskussion mit den Schülern
(Bild: Büro Hermann Färber MdB)

Mit dem Treffen während ihrer Berlinfahrt klappte es wegen einer Termin-überschneidung nicht. Daher bot ich einen Besuch in der Schule an und diskutierte mit rund 140 Schülern der 10. Klasse der Daniel-Straub-Realschule über das Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP), soziale Gerechtigkeit, Mindestlohn, Gentechnologie und Fracking. Für mich war es eine tolle Sache, die 5. und 6. Stunde am Freitag für die Schüler einmal anders zu gestalten.

Und: ich stelle sowohl den Lehrern als auch den Schülern ein Lob aus – die Fragen und Nachfragen waren gut vorbereitet und in keiner Weise nur inhaltlich oberflächlich. Die knapp zwei Stunden Zeit waren am Ende sogar fast zu wenig. Die Schüler waren so interessiert dabei, dass die Diskussion durchaus noch weiter geführt hätte werden können. Wer hätte das gedacht – freitags länger freiwillig in der Schule bleiben wollen? Das sowie der Beifall am Ende waren ein freudiges Dankeschön.

Aktuelle Pressemitteilungen

[Hermann Färber MdB: 15. März 2015 – Weltverbrauchertag](#)

„Deutschland hat die sichersten und qualitativ hochwertigsten Nahrungsmittel in der Geschichte“ – Erinnerung an Kennedys Rede aus 1962

Zum Nachlesen

Den kompletten Newsletter finden Sie auch nochmals hier:



Hermann Färber

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülben | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de